

Zeitschrift: Aarauer Neujahrsblätter
Herausgeber: Ortsbürgergemeinde Aarau
Band: 64 (1990)

Artikel: Die zusätzlichen Sorgen des Aarauer Gemeinderates während des ersten Kriegsjahres 1939/40 im Spiegel seiner Akten
Autor: Pestalozzi, Martin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-559174>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die zusätzlichen Sorgen des Aarauer Gemeinderates während des ersten Kriegsjahres 1939/40 im Spiegel seiner Akten

Vorbemerkung

Die Geschäfte des Aarauer Gemeinderates umfaßten 1938 7163, 1939 stattliche 6190, 1940 5250 Nummern. Sie reichten von den kürzesten, etwa der einfachen Kenntnisnahme eines Dankschreibens oder dem Eintrag der Buße für ein «Velovergehen», bis zu den längsten, den großen Bauvorhaben. Eine Linie bis mehrere Folioseiten umfaßte jeweils das Ratsprotokoll dazu. Dessen Niederschrift enthielt damals schon im wesentlichen nur noch Vorschläge der Parteien oder Amtsstellen, Erörterung von Nutzen und Kosten sowie die Beschlüsse. Nur ausnahmsweise kann herausgelesen werden, was der einzelne Gemeinderat meinte oder tat. Auch der Anteil des Stadtschreibers Suter an der Arbeit bleibt im dunkeln. Außer den Bauvorhaben gaben besonders die Armenfür-

1939/40 hieß der Stadtmann noch Gemeindegammann. Der Stadtrat nannte sich folgerichtig Gemeinderat, nur der Stadtschreiber wurde schon gleich wie heute titulierte. Dr. Fridolin Laager führte die Stadt durch die ganze Kriegszeit hindurch, Stadtschreiber Notar Albert Suter starb 1942 nach schwerer Krankheit; auf ihn folgte Dr. Willy Urech.

Die höchsten militärischen Ränge unter dem General wurden gleich bezeichnet wie heute, jedoch mit dem Zusatz, daß der Titel Oberst noch vor die Funktionsbezeichnung zu stehen kam.

sorgefälle, die Arbeitslosenhilfe, die Asyle und karitativen Stiftungen, Beamte, Bauordnung, Truppenunterbringung, Wehrmännerfürsorge, aber auch die steigende Zahl von schwer(er) erhältlichen Materialien wie Baustahl, Textilien, Benzin, Zucker usf. zu reden.

Die folgende Studie soll die zusätzlichen Probleme zeigen, mit denen sich der durch Militärdienst meist um zwei bis drei Mitglieder verkleinerte Gemeinderat vordringlich herumzuschlagen hatte. Der typischen Aarauer Nüchternheit entsprach, daß weder bei Kriegsausbruch noch nach dem «Pfungstalarm» 1940 irgendein Wort über dieses untraktandierbare Ereignis verloren worden ist, es sei denn, daß am 1. September an sechster Stelle vermerkt wurde, die Geschäfte des Betriebsbeamten blieben vorläufig liegen. Vizeweibel und Vizestadtschreiber Moor seien eingerückt. An erster bis fünfter Stelle wurden Schulausschlüsse wegen Scharlachs protokolliert. Der Grenzschutz hätte am 29. August, der Rest am 2. September einzurücken.

Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges kam für aufmerksame Aarauer nicht unerwartet. Der deutsche Einmarsch in Prag im März 1939 belehrte alle Betrachter darüber, daß Hitler nach Laune Verträge zerreißen und die Waffen sprechen lassen würde. Doch glaubten manche, daß er diese nur nach Osteuropa richten werde. Mit etwas vorübergehendem Grenz-

schutzdienst werde man wohl davonkommen, glaubten nicht wenige. Das hieß jedoch nicht, daß das Verhältnis zum «Großen Kanton» allzu gut war. Schon längere Zeit gab es auch Spannungen.

Ob der laufenden Einberufungen nach dem 1. Mobilmachungstag unberührt, wirkte der Gemeinderat weiter. Vizeammann Eduard Frey-Wilson, Hektor Anliker und Dr. med. Hans Stauffer waren eingerückt. Unter Gemeindeammann Dr. Fridolin Laager besorgten Alfred Hartmann, Karl Mösch und Julius Dutly die sprunghaft wachsende Arbeitslast. Sie sahen vor, bei drohender Beschlußunfähigkeit durch weitere Aufgebote auf gewesene Ratsmitglieder zurückzugreifen. Das erwies sich in der Folge nie als notwendig. Die Steuerakten als wichtiges Material versenkte die fürsorgliche Behörde in den Verliesen des Obertorturmes. Im auch Oberturm genannten Wächter aus der Vergangenheit wurde jedoch die Turmwächterwohnung nicht mehr in Betrieb genommen, obwohl sie für Fliegerbeobachter in den Wintermonaten mehr Schutz geboten hätte als die offene Plattform des katholischen Kirchturms. Einen Farbtupfer im Protokoll bildete die Absage der wackeren Gotthardpioniere, die ihren Vereinstag vom 1. September ohne Datum verschoben hatten, nicht ohne sich die versprochene Weinspende des Gemeinderates für einen günstigeren Tag zu sichern.

Das Verhältnis zu Deutschland

Die kantonale Direktion des Innern sah sich im August 1938 bemüßigt, jene Schweizer zu tadeln, die deutsche Fahnen heruntergerissen hatten. Besonders an Fußball- und ähnlichen Anlässen hatten sich Gefühle entladen. Die Behörde rief in Erinnerung, das Hakenkreuz sei, wenn auch unbeliebt, so doch offizielles Staatsabzeichen und als solches zu tolerieren. Doch sei «nicht zu verhehlen, daß gelegentlich von deutschen Privatpersonen Mangel an Takt im Gebrauch ... an den Tag gelegt wird». Zur Auffrischung folgte eine Verordnung des EJPD mit acht Paragraphen, nach denen von «ausländischen Gesellschaftsreisen ... keine Fahnen, Abzeichen, Plakate mit politischen Losungen, Embleme etc. mit provokatorisch wirkender Aufmachung gezeigt werden» durften. Noch deutlicher wirkte der Satz: «Ein Beflaggungsbefehl im fremden Land ist für ausländische Privatpersonen auf Schweizergebiet nicht verpflichtend.» Fremde Flaggen dürften von diesen nur bei «örtlich-allgemeiner Beflaggung» gezeigt werden oder Säle von geschlossenen Gesellschaften schmücken. Parteiuniformen durften hierzulande seit 1933 überhaupt nicht getragen werden – in der Öffentlichkeit wenigstens. Schon längst waren die nötigen Worte laut ausgesprochen worden: 1933 hatte der Präsident der Aargauischen Vaterländischen Vereinigung,

Oberstdivisionär Dr. med. Eugen Bircher, auf einem Volkstag im Amphitheater Vin-donissa vor über zehntausend Bürgern er-klärt, daß wir Schweizer keine neue oder andere Fahnen, keine schwarzen, braunen oder sonstwie «farbigen» Hemden benö-tigten. Die paar unentwegten Nachläufer der Diktatoren wurden in Aarau eher belächelt; man kannte ihre Stammlokale an der Schönenwerderstraße und außen im Schachen. Bis in die Akten gelangte 1939/40 nichts von ihren Aktivitäten, außer einem oder zwei Verzichten aufs Staats-, Kantons- und Ortsbürgerrecht. Einer stammte von einem lyrischen Dichter, des-sen Vater aus Leipzig zugezogen und spä-ter eingebürgert worden war. Auch auf diesen traf die Gesetzesvorschrift zu, daß verzichten könne, wer dauernden Wohn-sitz auswärts begründet habe.

Flüchtlinge und Fürsorge

Kurz nach dem «Anschluß» Österreichs im März 1938 tauchten unheilverkündende Weisungen vorgesetzter Behörden auf: Im Mai ermahnte die Polizeidirektion des Aargaus alle Gemeindebehörden, in Hotels und Privatpensionen wohnhafte Österreicher und dort wohnhafte Deutsche, «zumeist Juden», müßten nach den gesetzlichen Bestimmungen der Fremdenpolizei gemeldet werden. «Bald und vollzählig» sollten sie auch «zur Wei-

terreise verhalten» werden. «Soweit es sich nicht um klare politische Flüchtlinge han-delt, die schwere Maßnahmen zu gewärti-gen haben», sollte ihnen geraten werden, heimzukehren. In Unkenntnis des Kom-menden, von der Deutschen Regierung Beabsichtigten meinten unsere Behörden, so der Wortlaut, «erhebliche Beeinträchti-gungen» wären «dem schweren Los des Emigranten vorzuziehen». Das Kreis-schreiben verfehlte nicht, daß bereits in der Schweiz befindliche Flüchtlinge wohl hier «liegenbleiben» würden, denn Frankreich zum Beispiel habe «das obligatorische Vi-sum für Inhaber österreichischer Pässe wie-der eingeführt». Man befürchtete für die eigene Fürsorge das Schlimmste. Die städ-tische Fürsorge unterstützte 1938 total 986, im Jahr darauf noch 833 Personen, Kinder inbegriffen. Das waren 7,9 bzw. 6,5 % der Wohnbevölkerung. Die Armenhilfemaß-nahmen kosteten Fr. 165 309.90. Dazu be-lastete die Arbeitslosenfürsorge die Stadt-kasse mit 63 000 und die Geburtshilfe, zu-sammen mit andern kleinen Zuschüssen, mit 30 000 Franken. Rechnen wir das «Al-tersasyl» dazu, dessen Insassen fast sämtlich unbemittelt dastanden und ein monat-liches Taschengeld von zehn Franken be-zogen, machten die gesamten Hilfsmaß-nahmen einen Zehntel des Budgets aus. Neben dem neu eingeführten Bankge-heimnis zum Schutz der Flüchtlinge – und zum Ärger für manche ausländische Re-gierung – verlangte die Bundesanwalt-

schaft Wahrung eines umfassenden Amtsgeheimnisses zum Schutze der Personen. Sie warnte alle Behörden davor, auf Anfragen aus dem Auslande zu antworten, und anerkennend sich, als kompetente Kontrollstelle über der Natur der Auskünfte zu wachen und allenfalls als Filter zu wirken. Es war verboten, über Schweizer Bürger Auskünfte zu erteilen, ebenso über andere Bürger als über diejenigen des Auskunftslandes. In allen Fällen wollte die Bundesanwaltschaft erfahren, wer wann über wen welche Nachrichtenbedürfnisse geäußert hätte.

Auf Kohlen saßen jene Männer, die täglich davor zitterten, ein Aufgebot zum Kriegsdienst in einer ihnen fremden oder sogar verhaßten Armee aus dem Briefkasten zu ziehen. Obschon die Bundesbehörden davor warnten, diesem nicht Folge zu leisten, weil dann «Staaten- und Schriftenlosigkeit» drohte, gehorchten nicht alle und wurden «Refraktäre». Hier lebende Obernationalsozialisten mit ausländischem Paß erhielten aber – wie merkwürdig – oft keinen Einberufungsschein zur Wehrmacht, wohl aber Andersdenkende. In einer ebenfalls prekären Lage befanden sich bloße «Papierausländer bzw. -innen». Seit dem Beginn der Beratung über ein neues kantonales Bürgerrechtsgesetz 1937 waren die Einbürgerungen sistiert worden. Aus dem Schoße der Einwohnerrechnungskommission wurde gewünscht, daß solche wieder vorgenommen werden

könnten. Es gab doch eine ganze Reihe hier geborener Menschen mit ausländischen Papieren, die als Einheimische empfanden und von den Aarauern als solche angesehen wurden. Daneben galten unsere Frauen nicht mehr als Schweizerinnen, sobald sie sich mit einem Ausländer verheiratet hatten. Nach Gesetz durften die Behörden damals, je nach Lage, alle Ausländer in ihren «Heimat»-Staat und die Nichtaargauer in ihren Heimatkanton wegweisen. Das wurde aber im Regelfall nur bei notorischen Straffälligen so gehalten.

Der Gemeinderat hatte schon 1937 und wieder 1939 den Kanton auf den von ihm künstlich geschaffenen unhaltbaren Zustand aufmerksam gemacht. Niemand verstand, weshalb ein Recht auf Aufnahme von Ausländern bestand, die maßgebenden Körperschaften, die Gemeinden, aber daran gehindert wurden, es auszuüben.

Eine im Ersten Weltkrieg verwitwete «Deutsche», eigentlich eine geborene Waadtländerin, und eine hier geborene Künstlerin, soeben mit ihrer Ausbildung fertig, waren die ersten, die mit Billigung der Gemeindebehörden im Sommer 1940 vorläufig alle jene Hürden nahmen, die bis zum formellen Verfahren zu übersteigen waren. Leumundsberichte des Gemeinderates waren die wichtigsten. Ausdrücklich wurde festgehalten, die beiden Kandidatinnen wollten sich mit «dem gegenwärt-

tigen Regime in Deutschland nicht befreunden».

Im Fürsorgewesen lag noch vieles im argen. Schuld daran war ein veraltetes und überspitztes Nationalitäten- und Bürgerortsdenken. Eine durch Heirat zum Beispiel Italienerin gewordene Einheimische, nunmehr im Friedheim armengenössig, mußte froh sein, nicht in ihre «Heimat» Italien abgeschoben zu werden, deren Sprache sie nach den Akten des Amtes nicht verstand. Um nicht nur die ehemalige Wohngemeinde allein zu «schädigen», entbrannte ein zähes Gerangel mit der kantonalen Fürsorgekasse. Alle Unkosten wollte man, selber als Gemeinde in ungünstiger Lage, nämlich nicht und schon gar nicht für alle Zukunft übernehmen. Solch juristisch nicht vorgesehene Fälle versuchte man am liebsten durch Zahlungen aus Separatstiftungen oder aus der privaten Fürsorge zu unterstützen. Die Stadtammann-Hässig-Stiftung wurde zum Sprungnetz für mehr als einen juristischen Seiltanzakt.

Vorräte

Daß der Bund mit Krieg rechnete, merkten die Aarauer an den am 5. April allen Haushaltungen zugestellten Anweisungen, Notvorrat einzukaufen. «Unbemittele, die diese Anschaffungen nicht machen konnten», meldeten sich nach der

darin enthaltenen Anweisung bei der Stadtpolizei. Die Liste zählte bei Ablauf der Frist am 21. Juni 205 Haushaltungen mit 634 Personen oder etwa ein Zwanzigstel der Einwohnerschaft. Wie viele andere sich entweder schämten oder aber Notvorrat für unnötig hielten, ist nicht mehr zu eruieren. Nach der Verkaufssperre am 29. August bestürmten jedenfalls so viele Aarauer das Fürsorgeamt, daß dieses 1335 «Blaue Karten» ausgeben mußte. Damit konnten die gesperrten Lebensmittel Zucker, Mehl, Reis, Mais, Hülsenfrüchte, Gerste, Hafer, Teigwaren sowie Fette und Öle dennoch in 31 «Handlungen» oder «Spezereiläden», wie sich die Lebensmittel-detaillisten gerne nannten, bezogen werden. Der Bund hatte nämlich die Gemeinden verpflichtet, selber dafür zu sorgen, daß die ungefähr 10 kg Vorräte pro Kopf in der Nähe verfügbar lagerten. Zum Vergleich sei erwähnt, daß die im ganzen 3500 Haushaltungen auf Stadtgebiet in der Folge sieben bis neun Jahre lang die ordentlichen Rationierungskarten beziehen mußten, je nachdem, welche Ware die Coupons betrafen.

Nach einer hitzigen Auseinandersetzung mit dem überwachenden kantonalen Amt erreichte die Stadtbehörde, daß Zucker doch in einer Menge von 3 kg pro Haushalt für das Einmachen eigener Früchte einmal zu haben war. Brot, Fleisch, Milch, Käse, Obst, Gemüse, Kartoffeln, Konser-

Wieviel erhielt jeder?

Dezember 1939:

2000 g Zucker
500 g Reis
1500 g Teigwaren
500 g Reis oder Hafer oder Gerste
1000 g Hafer- und Gerstenprodukte
frei
1000 g Speisefett oder 1 l Öl
frei
Butter frei

Dezember 1940:

1000 g Zucker
500 g Reis
250 g Teigwaren
250 g Hülsenfrüchte
250 g Hafer- und Gerstenprodukte
1500 g Mehl oder Grieß
250 g Speisefett oder 2 ½ dl Öl
300 g Butter
100 g Butter oder Speisefett

Fleisch war teilweise frei, teilweise gar nicht erhältlich.

Die Rationen für Dezember 1945 und 1946 sind zu ersehen: Lüthi/Boner/Edlin/Pestalozzi, *Geschichte der Stadt Aarau*, IV, S. 656, Aarau 1978 (Sauerländer).

ven jeder Art, Schokolade, Kaffee, Tee blieben vorerst frei. Kartoffeln wurden gar nicht, Brot erst im zweiten Halbjahr 1942 rationiert. Zehn Bezirksschüler schrieben die Liste der rund 3500 Haushaltungen mit Kartenbezügern, das Verpacken wurde besonders überwacht, so daß die kostbaren Karten wohl anlangten. Die Verbraucher bezogen vielfach nicht die gesamten Mengen ihnen zustehender Lebensmittel und Stoffe, da ein Teil von ihnen nicht über genügend Geld verfügte. Zudem konnte sich jeder auch an kartenfreien Gütern satt essen. Durch das ihm ebenfalls unterstellte Rationierungswesen wurde das Fürsorgeamt zum wichtigsten Amt in den Augen ernährungsbewußter Aarauer, und das

wurden mit fortschreitender Kriegsdauer so ziemlich alle.

Vorerst schreckte nicht das Gespenst des Hungers, sondern Luft- und Panzerkrieg am meisten. Spannendste Bildquellen waren die nunmehr dem Gemeinderat zur Obhut anvertrauten Wochenschauvorführungen.

Ausländische Wochenschauen waren darauf hin zu visitieren, ob die gezeigten Streifen der UFA und Pathé, Fox oder Paramount auch wirklich einen Vorspann mit der Bezeichnung der Herkunftsländer erhalten hatten. Die Gemeinderäte sollten zudem «alle, auch unangemeldeten» Vorführungen in Ausländerkolonien dem Armeestab melden!

Aufgebot und Verdienstausschlag

Wo der Verdienstausschlag des mobil gemachten Wehrmannes Existenznot bedeutete, mußte nun rasch und auf klaren Regeln fußend geholfen werden können. Die seit dem Ersten Weltkrieg bestehende Wehrmännerunterstützung war für Fälle starker Not – dem Unterschreiten des Existenzminimums – gedacht und Teil der Armenfürsorge. Sie half vor allem Familienvätern, deren Einkommen bei etwa zwei Kindern ungefähr 3000 Franken im Jahr unterschritt.

Der Gemeinderat suchte, da die neue Bundes-Erwerbsersatzordnung noch nicht bestand, nach Möglichkeiten, ohne die ominöse «Armenfürsorge» auszukommen, fand aber keine. Er verpflichtete in der Person des alt Stadtkassiers H. Wehrli einen Mann, der das verwaiste Amt kompetent zu führen und das unerfahrene Ausnahmepersonal zu leiten verstand. Dieser hatte sein Rüstzeug in gleicher Funktion 1917/18 erworben und diente in der kritischen Phase bis Ende März 1940 mit Auszeichnung. Er wirkte im Sinne der angepaßten Vorschriften so, daß zu den weiter ausgegebenen Armenunterstützungen 295 Wehrmännerfamilien zusätzlich, im Durchschnitt mit 277 Franken bis Ende 1939, geholfen wurde. Alleinstehende betrachtete man bei der Truppe als hinreichend ernährt, gekleidet und untergebracht, es sei denn, sie hätten ihrerseits

Familienangehörige zu unterstützen gehabt. Neben diesen 81 000 Franken, die der Kanton und der Bund übernahmen, legte die Stadt je 20 Franken für ein Neujahrsge-schenk aus. Dies vermochte sie zu tun, weil es keine Arbeitslosen, drei kaum mehr vermittlungsfähige Männer ausgenommen, mehr gab. Sie hatten vom Mangel an Händen profitiert und waren ins Erwerbsleben eingegliedert worden. Ein unbekanntes Behördenmitglied hatte an den Rand notiert, jetzt könne man «unsere vielen Hausierer einem rechten Beruf zuführen».

Mit diesen Zustupfen war es aber nicht getan. Die Erwerbsersatzordnung war, wie man wußte, im Kommen. Mit Einbruch der Kälte waren viele Einheiten auf Pikett entlassen worden und zahlreiche Dispensierte nach Hause, das heißt ins Erwerbsleben, zurückgekehrt. Der gemeinderätliche Auftrag sprach aus, daß die Liste «noch durch die verschämt Armen, die keine Unterstützung beziehen, ergänzt werden» sollte. Ende 1940 stopfte die Stadt Budgetlöcher zum Teil dadurch, daß sie allen mit mehr als 200 Diensttagen und niedrigen Einkommen, sofern Ernährer von Familien oder Verwandten, ein Mehrfaches der 1939iger Neujahrsentschädigung zufließen ließ. Das geschah nicht wie heute per Scheck, sondern direkt am Schalter der Kasse des «Armenfürsorge- und Wehrmännerunterstützungsamtes», vom 18. bis am 20. Dezember.

Schon bei der ersten Mobilmachung 1939 war der feste Wille der Stadt als Arbeitgeberin vorhanden, ihrem «Personal» das Gehalt während der Aktivdienstdauer teilweise weiter auszurichten. Am meisten erhielten niedrige Dienstgrade mit mehr als vier Kindern, nämlich 75 %, am wenigsten ledige oder verwitwete oder geschiedene ranghohe Offiziere mit noch 35 %; 5 % oder gar nichts erhielten sie, sobald sie keinen Haushalt mehr führten und auch nicht unterstützungspflichtig waren. Provisorische Angestellte, die es wohl kaum in oberen Gehaltsstufen gab, erhielten meistens die Hälfte ihres Gehaltes.

Zur Soldatenfürsorge trugen die Frauen des freiwilligen Frauenhilfsdienstes von Anfang an bei. Als erstes schufen sie eine Gratiswäscherei für Wehrmänner ohne Familie. Seife, Holz, Wellen, Kohle in Brickettform, Wasser und Strom steuerte die öffentliche Hand bei, die privaten Wäschereien und das Altersasyl stellten die Lokaltäten gratis zur Verfügung, und die Vereinsmitglieder wuschen. Für den Vorstand zeichneten Frau A. Laager und Frau Bircher-Oehler, womit die ersten Damen der Stadt bzw. der 5. Division auf dem noch streng nach Geschlechtern getrennten Gebiet mit dem guten Beispiel vorangingen.

Allerhand «Unordnung»

Der Stadtpolizei brachte die militärische Einquartierung vor allem nachts zusätzliche Arbeit. Immer vier der damals noch mit grünem Rock, dunklen Hosen mit roter Naht und Tschako eingekleideten und mit belgischen Armeepistolen «FN» Modell 1922 bewaffneten Ordnungshüter versahen den Nachtdienst. Die beiden älteren Diensthabenden patrouillierten zu den ruhigeren Stunden, von abends 10 bis 12, frühmorgens 2 bis 4 Uhr. Die beiden jüngern gingen ihre Runden von 8 bis 10, ab Mitternacht bis 2 und nach 4 Uhr. Damit fiel diesen die Aufgabe zu, Polizeistunde zu bieten und Säumige zu büßen. Letzteres war in bestimmten Fällen jetzt schwieriger. Manch gold-galonyierter Stabsoffizier sah es als unter seiner Würde an, von einem «Grünen» ins Bett befohlen zu werden. Aus «Täubi» griff einer einmal an den hoheitlichen Rockkragen, ein anderer warf ein Glas auf den Kellner, der keine Getränke mehr verabfolgen wollte, weil der «Schütze» schon genügend «angefeuchtet» schien. Da mußte sogar der Gläserschrank bei Vater Holzach im «Café Bank» als Zielscheibe dienen.

Im ereignislosen Warte-Winter 1939/40 gab es gar manchen unterbeschäftigten Offizier, der «überhockte» und damit die Stadtkasse alimentierte. Es nützte gar nichts, wenn man behauptete, der zivilen Regelung nicht zu unterstehen. Das

Vorschützen dienstlicher Tätigkeiten wie Jassen oder Biertrinken war zwecklos, seit der Generalsbefehl das Verhältnis geklärt hatte, zumal diese Aktivitäten vom Dienstreglement nicht vorgeschrieben waren. Besser trafen es zwei zum Archivaufräumen befohlene Landstürmer, die – statt in den befohlenen Kanzleiräumen – im Biergarten vom Feldwebel erspäht wurden. «Zum bifohlene Abstaube ghöört au de Staub abeschwängge», ließen sich die wackern Fricktaler vernehmen. So waren es dann nur die nach Mitternacht Zechenden, deren Namen zuerst das Polizei-, dann das Stadtratsprotokoll zierten. «Oberst Bircher und zehn Gäste», «Herr Deppeler» stand da etwa zu lesen. Sie alle waren stadtbekannte Aarauer. Herr Deppeler als Geschäftsführer des «Aargauer Tagblatts» erscheint mit schöner Regelmäßigkeit als die Stadtkasse speisender «behinderter» Gast. Das Versäumte holte er zum Trost dann frühmorgens beim Fröhschoppen mit dem Fotografen Schatzmann nach. Dieser hatte sich beim Armee-kommando eine Lizenz als «Kriegsfotograf» besorgt, um sein Tätigkeitsgebiet auszuweiten, wie übrigens andere bildkünstlerisch begabte Aarauer auch.

Dr. Bircher, Divisionskommandant der 5. Division, war seit seiner Corpsstudentenzeit dem nächtlichen Trunke nicht gerade abhold. Selbst er fügte sich dem Gebot der Ortspolizei. Als er später einmal den wieder Militärdienst leistenden Hüter

von Ruhe und Ordnung in der Trübseebahn erkannte, hat er ihm schmunzelnd und schriftlich den Urlaub verlängert – in Anerkennung der geraden Pflichterfüllung ...

Unterdessen wurden im «Aarauerhof» und im jetzt verschwundenen «Felsgarten» an der Schönenwerderstraße, etwas westlich der Schanz, tüchtig weiter «überhockt». In der «Herzogstube» gab es einen Safenwiler Fabrikanten, der nicht nur seine Bußen widerspruchslos bezahlte, sondern der Patrouille den dreifachen Betrag mit der Bemerkung auszuhändigen pflegte, «dänn chönd er morn au es Bier go haa».

Am stärksten und zugleich nicht im traurigen Sinne traf die Mobilmachung die Schüler. Im September fiel zunächst ein guter Teil des Primar- und Bezirksschulunterrichts einfach aus. Stellvertreter blieben rar, denn sie wollten erstens besoldet sein, zweitens beharrte das Erziehungsdepartement auf der Wahlfähigkeit derselben. Nicht eingerückte Kollegen und Kolleginnen leisteten sämtlich Überstunden. Fächer wie Turnen, Schreiben, Zeichnen, Religion, aber auch Geographie, Geschichte, Naturkunde wurden in erster und zweiter Linie zurückgestellt, in den Hauptfächern sollte weiter gebüffelt werden. Geschichte erlebten die Schweizer aus Radio und Zeitungen: allerdings blieben die 1940/41 so rasch neu gezeichneten Landkarten nicht lange gültig. Mit der Winterkälte kehrten zudem manche

Lehrkräfte auf Pikett zurück. Die Stundenpläne sollten, so das Rektorat der Bezirksschule, so gestaltet werden, daß jene sofort wieder ihre Klassen für einige Wochen oder Monate übernehmen konnten.

Von den dreißig Schulklassen des Pestalozzischulhauses mußten zehn in «Kleinkinderschulen» untergebracht werden, die «sehr wohl auf einige Zeit geschlossen werden» könnten. Auch die Lokale und

Säle der freikirchlichen Gemeinden und der Freimaurerloge wurden teilweise benutzt.

Viele Aarauer Buben sahen sich zudem in der als Ehre empfundenen Lage, als Kadetten den Truppen jeweils als Melder und Wegweiser zur Verfügung zu stehen. Solcher Dienst wurde gerne geleistet. Er half auch, verwaiste Klassen sinnvoll zu beschäftigen, bis eine Stellvertretung für eingerückte Kollegen gefunden war.

Bestand an Fliegerabwehrkanonen in der Schweiz

Typ	Ende 1938	1. September 1939	31. Dezember 1939	11. Mai 1940	Ende 1940	Ende 1941
20 mm *	36 Oc	36 Oc/3 W + F	ca. 140	ca. 250	ca. 280	354
34 mm W + F**	3	?	?	?	32	60
75 mm ***	8	7 + 1	8	36	84	144

* Kanonen 20 mm: Die Oerlikon (Oc) war ein Exportmodell, dessen Serienfabrikation lief. Seine Leistungen waren geringer als die des neuen Modells 1938 der Eidgenössischen Waffenfabrik Bern (W + F): Mündungsgeschwindigkeit 830/1000 m/sec², Kadenz 280/450 Schuß/min. Das W + F Modell wurde nur für die Armee hergestellt, was mühsamer als geplant verlief, deshalb verfügte die Armee zuerst und auch immer über Oerlikon.

** Die 34-mm-Kanone wurde nur zum Schutz von Rüstungsbetrieben und Zivilobjekten benutzt.

*** Je eine Batterie Schneider-Creusot- (F) und Vickers-Armstrong-Geschütze (GB) konnten vor Kriegsausbruch überhaupt noch erworben werden. Im August 1939 wurde die erste schweizerische Kanone 75-mm-Modell 1938 geliefert.

Ein Schulschießen auf Schleppsack beeindruckte 1938 wegen seiner hohen Trefferquote die deutschen Beobachter außerordentlich.

Quelle: Oberstbrigadier H. Born, *Die geschichtliche Entwicklung der [Schweizer] Flab*, Frauenfeld ²1969.

In den Aarauer Zeitungen «Aargauer Tagblatt», «Neue Aargauer Zeitung» und «Freier Aargauer» spiegelte sich die steigende Kriegsgefahr mit aller Deutlichkeit. Die eindeutige Stellungnahmen der Redaktoren aller drei Blätter für die schweizerische Unabhängigkeit, für eine starke Armee und für die Demokratie als Staatsform des Friedens gipfelten nach Kriegsausbruch in der eindeutigen Schuldzuweisung und Verurteilung von Hitler und Stalin als den Hauptschuldigen am Krieg. Den Kostproben ist viel Ungewisses, aber auch Unheimliches zu entnehmen:

Oberstdivisionär Frey behandelte die «militärische Bedeutung der Straßen»: Schon im Ersten Weltkrieg habe eine Studie für einen Einmarsch von sechs Divisionen ergeben, daß dafür mindestens 6000 Motorfahrzeuge durchkommen müßten. Diese kaum verhüllte Darstellung des für den Blitzkrieg des Zweiten Weltkrieges wesentlichen Problems zeigt einerseits die Klarheit des Bildes, welches sich die verantwortlichen Militärs machten, andererseits die Methode, dem verständigen Leser Dinge mitzuteilen, ohne daß später die Zensur am Wortlaut des durchaus anzüglichen Textes etwas auszusetzen hätte. (NAZ, 11. Juli 1939)

Ein «Bund treuer Eidgenossen» spionierte eine Abteilung des Generalstabes aus, bemühte sich sogar um den Mädchennamen von Frau Labhardt, deren Mann mit dem General zum ersten Generalstabschef ernannt worden ist (1939/40). Die Botschaften Großbritanniens und der Tschechoslowakei sowie die Freimaurer und Odd Fellows waren weitere Ziele. Vereinslisten wurden vom Angeklagten Derendinger direkt nach Stuttgart gebracht. Dr. Zander hatte die Installation eines Schwarzsenders im Raum Interlaken vorbereitet. (NAZ, 10.–15. Juli 1939)

Für die neuen «Panzerwagendetachemente» wurden Wehrmänner mit besonderen technischen und sportlichen Fähigkeiten gesucht. Dem Aufruf des EMD war zu entnehmen, daß diese Panzer mit Funk ausgerüstet wurden. (NAZ, 12. Juli 1939)

Der Bundesrat ließ wissen, daß eine friedliche Lösung «auch jetzt noch nicht ganz ausgeschlossen» sei. In der verzweiferten Lage, wie jetzt in Polen, komme es darauf an, mit dem Mute der Schweizer bei St. Jakob zu kämpfen. 1444 habe sich die Eidgenossenschaft in einer schlimmeren Lage befunden als heute. (FA, 26. August 1939)

«Angesichts des Bündnisses Moskau–Berlin ist jegliche Annäherung an die Kommunisten ... vollends unmöglich geworden. Wer sich jetzt noch dafür einsetzt, hat seinen Platz in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz verwirkt.» (FA 29. August 1939)

Nach der Lektüre des «Kurier Warszawski» hob die Redaktion hervor, daß die Besuche des Völkerbundskommissars für Danzig bei Hitler, des Gesandten Burckhardt, nur den Zweck verfolgten, daß der «Führer» der Welt vorgaukeln könne, er bemühe sich um friedliche Lösungen. (NAZ, 16. August 1939)

Vom 1. September an veröffentlichten die Sozialisten Absagebriefe von Kommunisten an Stalin und die KPdSU, so zuerst denjenigen des Belgiens und Parlamentariers Beublet, der Stalin als Verräter am Frieden brandmarkte. Wer dem «Meister und allmächtigen Gott Stalin» folge, könne kein Sozialist sein. (FA 1. September 1939)

Die Verantwortung für die Kriegskatastrophe liege auf einem Mann, der – im Gegensatz zur diffusen Lage von 1914 – mit Namen und Vornamen bezeichnet werden könne. (NZZ vom 4. September 1939; am 5. von NAZ, AT und FA zitiert als ihrer Meinung entsprechend)

Die Angst vor dem Luftkrieg

Schon kurz nach der Machtübernahme des Nationalsozialismus, 1934, hatte der Bundesrat beschlossen, gesamtschweizerisch die Abwehrmaßnahmen gegen Luftangriffe zu lenken. Dem EMD wurde eine Abteilung Passiver Luftschutz (A.P.L.Sch.) angegliedert; Reglemente, Ausbildungshilfe und Kostenbeiträge wurden Bundes Sache. Die Pflicht, in einer Luftschutzorganisation mitzuwirken, falls die Wohngemeinde pflichtig würde, lastete seit 1935 auf allen Bewohnern derselben. Die Ausführung der Luftschutzmaßnahmen, besonders die Organisation und Ausbildung, aber auch die Leitung im allfälligen Einsatz hatten die Gemeinden zu übernehmen. Zu den Zivilfeuerwehren, deren Mannschaften größtenteils in den Militärdienst einzurücken hatten, traten nun die blau uniformierten kommunalen Luftschutzverbände hinzu.

Unsere Pflichttruppe gliederte sich in Stab, Verbindungs-, Alarm-, Beobachtungs-, Polizei-, Feuerwehr-, Sanitäts-, Chemischen und Technischen Dienst mitsamt einem Blindgängersprengtrupp. Außerdem gab es die nur bei Fliegeralarm quasi als vorgeschobene Posten dienenden Hausfeuerwehren, geleitet von Luftschutzwarten und aus Hausbewohnern bestehend. Bei diesen letzteren wurde dem Gesetz nachgelebt, wonach auch Frauen pflichtig eingeteilt werden konn-

ten. Da kein andauernder Dienst, sondern eben nur gelegentliche nächtliche Brandwachen zu erwarten waren, blieben hier auch zahlreiche kantonale und kommunale unabhkömmliche Funktionäre eingeteilt. Tagsüber waren sie alle frei, ihren Berufs- oder Haushaltspflichten nachzugehen. Als Chef der bataillonsstarken Truppe wurde der Kommandant der Feuerwehr bestimmt. Major Gränicher arbeitete als Sekretär der Bauverwaltung sowie – zumindest seit 1938 schon – halbamtlich für die Ausbildung des Luftschutzpersonals.

Nach Bekanntgabe der Einteilungen im Frühjahr 1939 spülte die Post eine Flut von Freistellungsgesuchen ins Untere Rathaus. Es langten nicht nur Arztzeugnisse für begründete Fälle an, sondern auch allerhand andere Entlassungsideen. Manche hielten sich wegen Berufsstreß für unersetzlich, andere kaschierten die Unlust, wie etwa in jenem Brief, in welchem «Hinfälligkeit» geltend gemacht wurde, der Ortsleiter [?] aber an den Rand schrieb: «Schießen kann er aber» (in seinem Verein, wo's lustiger war). Befreit wurden alle Frauen mit kleineren Kindern, wo keine andere Person in der Familie sie hätte betreuen können. Der Ortsleitung war klar bewußt, daß der Krieg nach dem Willen jedes Angreifers nach Aarau kommen würde, so es diesem beliebte. Die Jahrgänge des voll ausgeschöpften Männerkontingentes gingen bis 1865 zurück, im Regelfall bis in die 1870er Zahlen.

Der aargauische Luftschutzverband verteilte ab Januar 1939 seine aufrüttelnde Zeitung an die Lesezimmer im Gewerbemuseum, an den Kaufmännischen Verein, die Kantonsschule, ins Volkslesezimmer.

Von 22. bis zum 28. April besichtigten über 500 Personen, wahrscheinlich meist Gebäudeeigentümer, den im Keller der Pestalozzturnhalle eingerichteten Muster-schutzraum. Bei diesem handelte es sich, nach heutigem Verständnis, um einen Behelfsschutzraum, der mit Absprießungen, Sandsäcken, Notausstiegen und Aborten ausgerüstet worden war. Kurz vor Silvester 1938 hatte das EMD, Abteilung für Passiven Luftschutz, verlangt, in Aarau sei «an zentraler Stelle, von wo aus ein rascher Einsatz bewerkstelligt werden kann, ein Kommandoraum, eine Alarmzentrale, eine Sanitätshilfsstelle und Bereitschaftsräume für einen Teil der Luftschutztruppe als Bauten anzulegen». Jetzt war es nötig, eine Luftschutz-Bautenkommission einzusetzen, die das Projekt und die dafür zu erlangenden Subventionseingaben zu begleiten hatte. Vizeammann Direktor Frey-Wilson präsierte sie, Gemeinderat Architekt Anliker, sein Berufskollege Wassmer, Bauverwalter Vogt und Ortsleiter Gränicer teilten sich in die Arbeit.

Ein geeignetes Grundstück suchte man zuerst im Raum Igelweid-Graben (damals Garten- und Viehhalteplätze, heute Kasinopark) und westlich des Regierungsgebäudes, wo eine neue Kantonsbibliothek

projektiert war. Am günstigsten schien, des nahen Gerätemagazins der Feuerwehr in der Tuchlaube halber, der Schlößli-garten. Fräulein Frieda Rothpletz, die «Schlößlijumpfere» und Mit-Schenkerin des ältesten Bauwerks an die Stadt, verzichtete großzügig für die Bauzeit auf ihren Garten. Sie bedang sich aus, daß danach alles beim alten eingerichtet, auch während des Baus die Bäume möglichst geschont würden. Am 9. Juni 1939 genehmigte der Bund das Projekt. Diese einzige Kriegsanlage beherbergt heute Asylanten, wurde sie doch in den 1970er Jahren als obsolet ausgemustert. Gleichzeitig wünschte der Bund, die Gemeinden sollten größere Mengen Rundholz für Raumabstützungen bereit halten. Fieberhaft suchte die Kommission nach Kriegsausbruch nach geeigneten Räumen für größere Luftschutzkeller. Aus Mangel an Material, vor allem an Eisenteilen, verteuerten sich diese unverhältnismäßig stark und wurden spät bezugsbereit. Heutzutage verfügt jeder Bewohner Aaraus über einen belüfteten, modern gebauten Schutzplatz.

Organisatorische Vorkehren

Das Ausbildungsprogramm des Bundes hielt für 1939 an Zielen fest: Abgeschlossene Fachausbildung aller Zweige, besonders die «vollkommene Beherrschung der Gasmasken». Vor den Mannschaften mußten

Kaderübungen abgehalten werden. Der Bund zahlte 990 Franken für Übungsmaterial an die Stadtkasse aus. Weil in vielen Häusern nach dem Aufgebot von Armee, Hilfsdienst und Luftschutz zuwenig Erwachsene für die Hausfeuerwehren übrig blieben, faßte die Ortsleitung diese zu 218 Gruppen zusammen. Langwierig gestaltete sich die Suche nach einer billigen Unfallversicherung, da sich herausgestellt hatte, daß die anbietende Stadt haftete. Auch die anstelle der aufgebotenen Männer arbeitenden Abwärtsfrauen und -kinder wollten versichert sein. Wie sich dann in England und Frankreich bestätigen sollte, bot die (kleinräumig organisierte) Brandbekämpfung im Anfangsstadium die beste Vorsorge gegen Luftangriffe. So legte eine gemeinderätliche Weisung fest, daß bei Alarm den Brandwachen der Luftschutzwarte besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse.

Im Dienstbetrieb erheischten die vielen neuen Reglemente ein Transportmittel: Für «17 Offiziersledertaschen» bezahlte die Stadt 255 Franken. Es gab vierzehn Abteilungschefs im Offiziersrang sowie drei Ärzte. Der Übungsbetrieb lief am 16. Juni an: Alarm- und Polizeidienste bot ein Befehl um 05.00 auf. Um 05.45 waren alle Posten «auf Draht». Diese Übungsanlage war eine Folge des Hitlerschen Vertragsbruchs mit Einmarsch in die Tschechoslowakei im März 1939. Um Gerüchten entgegenzutreten, gab das EMD bekannt,

eine Evakuierung der Bevölkerung in Kriegszeiten sei nicht geplant. Über Verursacher solcher Gerüchte sei Bericht zu erstatten, damit widersprochen werden könnte.

Reibungslos verlief die Mobilmachung des Aarauer Luftschutzes am 1. September 1939, parallel zu denjenigen von Armee und Hilfsdienst. Schon am 8. konnte er wieder auf Pikett entlassen werden. Selbstverständlich wurde ein Wachtdienst auf niedriger Bereitschaftsstufe beibehalten. Überkleider waren «sofort zu reinigen». Mäntel hatte der Wehrmann zu Hause aufzubewahren, geschützt vor Motten. Das erste Kriegsaufgebot kostete ziemlich genau 10000 Franken. Sold mit 7000 und Fleisch mit 1100 Franken waren die beiden größten Posten.

Vorerst sah der Gemeinderat den Ausbau von nur zehn über das Stadtgebiet verteilten größeren Schutzräumen vor. Für rund 120000 Franken sollten taugliche Keller in solche aufgewertet werden.

Ein Gesuch des Rektorates der Kantonschule um Ausbauhilfe für einen Schutzraum wurde mit der Bemerkung abgeschlagen, bei einem Luftangriff zerstreuten sich die Betroffenen sowieso «im Gelände». Am 1. November begannen die Verdunkelungsübungen. Der leuchtende Umriß der Schweiz sollte weder für die Flieger der einen noch für die der andern Kriegspartei Orientierungshilfe bieten, so verlangten es Neutralitätskonzeption und Ge-

rechtigkeit. Fliegerbeobachtungsposten befanden sich auf der Bezirksschule, dem Alpenzeiger und dem Turm der katholischen Kirche. Für die Nacht bekamen die Teilnehmer Fr. 1.50 ausbezahlt, den Wert einer Mundportion. Von 16.00 bis 07.00 Uhr herrschte Dienstbetrieb. Luftschutz- warte und -polizei kontrollierten den Erfolg. Überall herrschte Dunkelheit, ausgenommen auf einem Kompagniebüro der Übermittlungstruppen der Armee und an einem wahrscheinlich dazugehörenden Militärauto. An Fahrzeuglampen bewährten sich nur speziell gefertigte Hauben, Farbe blätterte zu leicht ab, Papier blieb bloße Spielerei. Gegen lichtscheue Dunkelmännereien hatte die Ortsleitung 45 Hilfsdienstpflichtige in die neue Waffengattung Polizei der Luftschutztruppe eingeteilt, die von nun an mit der Stadtpolizei über Aarau Ordnung wachte.

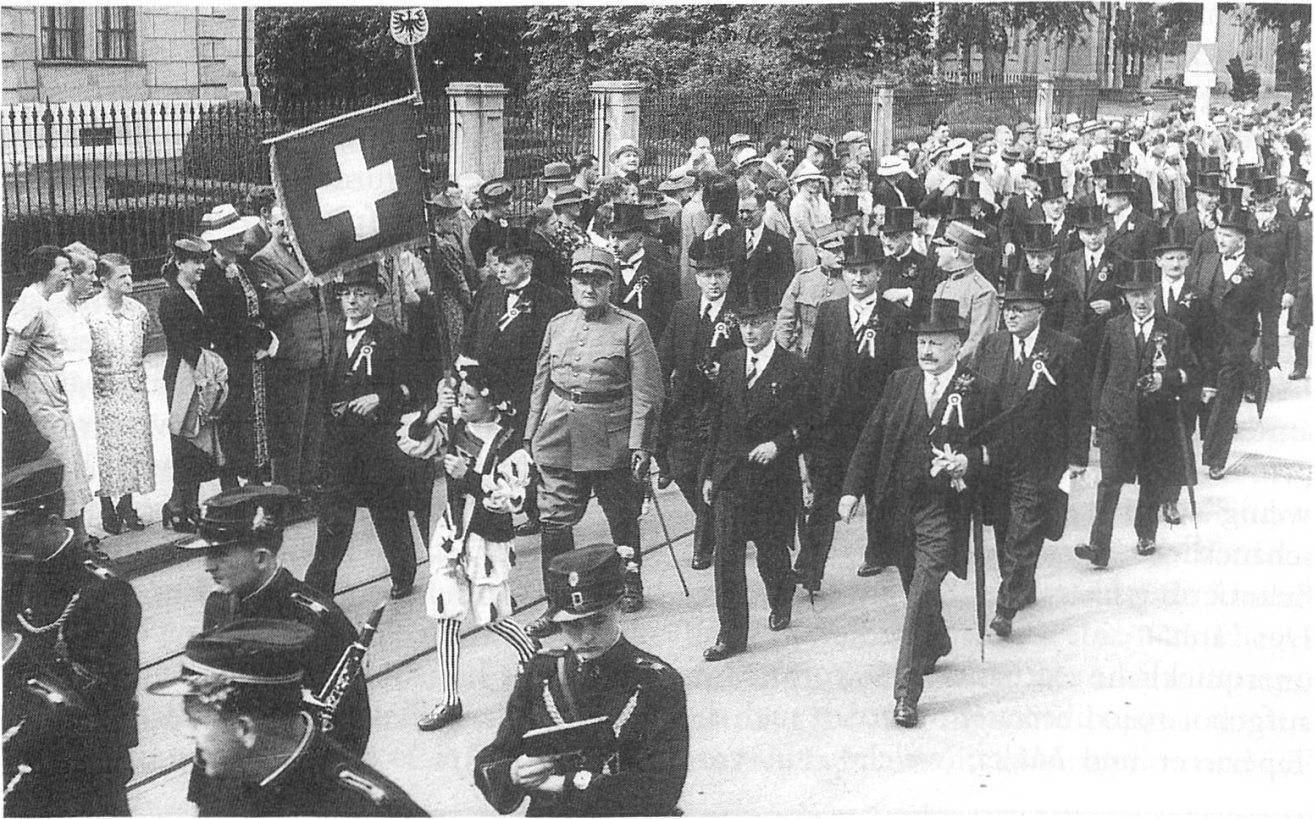
Eine «akustische Alarmübung» scheuchte am 8. Dezember zum erstenmal Bewohner und Passanten in die Keller, die Passagiere des Trams von Schöftland in den Distelbergwald. Bei kaltem Wetter folgte am 15. Dezember eine andere Sirenenprobe. Beim «Fliegeralarm» heulte es zu wenig laut, erst beim «Endalarm» tönte das schauerliche Geräusch voll, denn die Schmierung harzte der Kälte wegen.

Der anhaltende Luftschutzdienst schuf unerquickliche Situationen. Vom Maaufgebot 1940 überrascht wurden auch die Tapezierer und Maler, welche nun vor-

übergehend von den Mietern geräumte Wohnungen an der Erlinsbacherstrasse nicht fertig renovieren konnten. Der Ortsleiter mußte dafür eintreten, daß der Bauverwalter aufgegebenen Meistern nicht etwa die Aufträge entzog. Das Elektrizitätswerk beschwerte sich Ende 1940 beim Stadtmann über die Verdunkelungsvorschriften. Das vorzeitige Abschalten der Reklamen, besonders der Automaten, setzte seine Einnahmen um 25 000 Franken jährlich herab. In Olten sei das Verfahren nicht so streng, Bern zähle weniger Alarme. In allen Fällen hatte der Gemeindevorsteher nach der Devise «streng und gerecht» einzugreifen.

Im Frühjahr 1940 erfolgte die Planung, wie aus dem Grenzgebiet evakuierte Mitbürger in den einzelnen Haushaltungen aufgenommen werden könnten. In Einfamilienhäusern wurden 2–5, in Wohnungen 1–4 Notschlafplätze vorgesehen.

Ganz andere und in den Akten wohlweislich nicht dokumentierte Vorbereitungen betrafen die damals unbeliebtesten Zeitgenossen innerhalb des Gemeindebanns. Eine nicht große Anzahl Schweizer wie Ausländer brauner oder schwarzer Observanz hatte sich bei ihren Miteidgenossen durch vorzeitige Äußerungen über die «Neue Ordnung im neuen Europa» «beliebt» gemacht. Etlichen senkrechten Eidgenossen hatten sie «Sonderbehandlung» angedroht, weil diese nicht willens waren, «heim ins Reich» zu kommen und weil sie



¹ Einrückungstag in die Inf RS, 27. 2. 1939. Weder vom kommenden Weltkrieg noch vom späteren, nicht ganz unprominenten Werdegang wissen Peter Boller (Baden, als Dr. iur. Verleger des «Toggenburgers» in Wattwil), Ernst «Häggi» Siebenmann (Aarau, Maler, † 1989), Fritz Zinniker (Aarau, Dr. iur., Anwalt, Stadtrat), Willy Fischer (Meisterschwanden, Pfarrer in Aarau, Einwohnerrat) etwas. Aufnahme zwischen Bankgesellschaft (links) und Kantonalbank-Garten (Blumen-Grossmann-Haus und Druckerei Trüb hinten rechts).

² Bereits in schwerer Sorge um die Zukunft des Landes ziehen dem Fahnenträger Karl Fehlmann (Aarau, Dr. pharm.) die Honoratioren nach. Von links, 1. Reihe: Stadtmann Dr. Fridolin Laager, Divisionär Dr. med. Eugen Bircher als Festredner, Dr. Erwin Haller als Festdichter und Vizeammann Eduard Frey-Wilson.

aktiv gegen die Bannerträger der Diktatoren aufgetreten waren. Von Flüchtlingen hatte man wohl einiges über Folterungen und KZ gehört. Auf schwarzen Listen der Nationalsozialisten figurierten hohe Aarauer Politiker, Polizeibeamte und Pfarrer besonders zahlreich. Im Gegenzug setzte sich eine verschworene Gruppe zum Ziel, jene Sympathisanten des Bösen niemals zu Nutznießern, das heißt nach einem Einmarsch zu Machthabern werden zu lassen. So munkelte man wohl nicht zu Unrecht über die radikalen Selbstschutzvorbereitungen. Tell als Symbolfigur gewann noch an Strahlungskraft. Da Aarau so kleinstädtisch war, kannte man seine Pappenheimer.

Die Flabkanonenbeschaffung

Überhaupt galt Selbsthilfe sehr viel. Schon Ende 1938 hatte der Bundesrat gesamtschweizerisch Gemeinden und kriegswichtige Betriebe aufgefordert, sich über den Ankauf eigener Fliegerabwehrbatterien Gedanken zu machen. Einen Monat später referierte Oberstleutnant Kraut, Chef der Flab Kloten, über «Probleme und Material der Fliegerabwehr». Der Präsident der Offiziersgesellschaft, Major Tuchschmid, wurde unterrichtet, der Gemeinderat werde nach Möglichkeit der Mitglieder erscheinen. Später konsultierte er Divisionär Bircher, der meinte, für den vollen Schutz Aaraus seien 6 gemischte

Batterien leichter und schwerer Kanonen nötig. Die Kosten für die 20-mm- und 75-mm-Kanonen und die dazugehörenden 100 Sperrballone betrügen 5 bis 10 Millionen Franken, falls sie überhaupt noch erhältlich wären, denn ganz Europa rüstete nunmehr in banger Ahnung, Krieg werde von den Diktatoren vom Zaun gerissen. Zuletzt blieb es, wie so oft im Kriege, beim Möglichen: Eine Batterie leichter Oerlikongeschütze wachte auf Aaraus Dächern. Die Militärs waren, erstaunlicherweise, viel skeptischer als der Stadtrat gewesen. Doch gerade dieser vertrat in der Folge zäh die Linie, man müsse stets das Mögliche tun, und besteuerte die Aarauer Betriebe auf freiwillige Leistungen hin. Diese betrugen bis Ende 1940 denn auch rund 200 000 Franken, etwa die Hälfte des Benötigten.

Zu den meistgefährdeten Objekten rechnete die Ortsleitung die Elektrizitätswerke, das Gaswerk, die Altstadt, Kasernen und Zeughäuser sowie das Bahngelände. Der Verwaltungsschematismus wollte es, daß die mit Aarau im Industriegebiet eng verzahnte Gemeinde Buchs Luftschutzpflicht-befreit blieb. Gleichwohl wollte man alles tun, was die Finanzen erlaubten. Die wünschbaren 16 Kanonen wurden auf die Hälfte reduziert. Immer noch ergaben sich für die Stadt 380 700 Franken einmalige und 13 500 Franken jährliche Kosten. Der Bund übernahm als seinen Anteil 561 000 bzw. 40 000 Franken.

In Schönenwerd hatte unterdessen die Direktion der Firma Bally die Initiative übernommen. Ihre beiden Geschütze erforderten einen Offizier, fünf Unteroffiziere und 25 Mann. Für Aarau, das zudem die Oberleitung über diese Halbbatterie erhalten sollte, errechnete das Amt von Divisionär Bandi 125 Köpfe. Bern, Burgdorf, Luzern, Winterthur, Zug, Zürich waren den Aarauern schon voran. Niemand leistete sich die als einzig vollwertigen Schutz angegebene Kombination von 20-mm- und 75-mm-Kanonen, sondern nur leichte und teilweise auch mittlere Geschütze. Eine einzige leichte Granate kam schon auf 12 Franken zu stehen.

Für jede budgetierende Behörde ärgerlich war, daß kein Lieferant für seine jetzt so begehrte Ware Lieferfristen anzugeben vermochte. Ein anderer Engpaß lag bei den Entfernungsmessern. Um die Telemeter der Firma Wild in Heerbrugg rissen sich Armee und Städte. 1 Gerät war Aarau noch für 1940 versprochen, der Rest sollte 1941 geliefert werden. Bestellungen ins Ausland wurden erwogen, Aussicht auf Ausführung bestand jedoch keine.

Es war sicher unklug von seiten des Armeeoberkommandos, den Städten die Wahl zwischen zwei Kalibern und Geschützmodellen zu überlassen. Ein neues Mittelkaliber – 34 mm – kam auf. Das Geschütz wurde zwar von der Eidgenössischen Waffenfabrik Bern hergestellt, je-

doch von der Armee nicht benutzt. Diese konzentrierte ihre bescheidenen Mittel auf die Kaliber 20 und 75 mm. Ihre Exponenten, Divisionär Bandi und Oberst Däniker, Leiter der Schießschule Walenstadt, sprachen sich unmißverständlich für das kleine Kaliber aus, weil das mittlere von 34 mm auch nur bis 2500 m Höhe (20 mm bis auf 2000) wirkte. Stutzig mußte auch machen, daß letzteres besondere Richtverfahren benötigte.

Harsche Kritik von seiten einiger Aarauer Enthusiasten des Mittelkalibers verunsicherte jedoch den Gemeinderat. Weil er wußte, daß diese Kanonen nur batterieweise schießen konnten, hatte er sie nicht in Betracht gezogen.

Gar nichts von leichter und mittlerer Stadtflak hielten Divisionär Bircher und sein Stabschef Werder. Sie glaubten, Bombenangriffe erfolgten nur noch aus großen Höhen oder mit Sturzkampfflugzeugen. Diese Flieger blieben daher außer Reichweite bzw. flogen zu schnell für die Kanoniere. Gegen die Ansicht der militärischen Spitzen, zu denen auch der Militärdirektor Oberst Keller zählte, setzten sich jedoch Oberst Adolf Schäfer und Oberst Alfred Oehler durch. Als Präsidenten der Kaufmännischen Gesellschaft und des Arbeitgeberverbandes waren sie auch die Paten des Sammelkomitees.

Drei Wochen nach der homerischen Sitzung des Gemeinderates mit den Experten war Frankreich gefallen. Der einstimmig

gefaßte Beschluß auf Ankauf von leichter Flab wurde nun verschoben, es habe sich ja «die Weltlage in den letzten Tagen wesentlich verändert». Krieg schien nicht mehr wahrscheinlich. Als er anhielt, bekam Aarau seine Kanonen 1941 doch noch. Wie die Kriegsberichte zeigten, waren immer häufiger tieffliegende Schlachtflugzeuge im Angriff. An «Futter» mangelte es den Flabkanonen nicht. Nach dem Krieg konnte man lesen, daß die deutsche Luftwaffe gerade durch leichte Flab und schwache Jägerverbände im Beneluxraum katastrophale Verluste an erfahrenen Transporter- und auch Bomberbesatzungen erlitten hatte, als sie Luftlandetruppen absetzte. Das «Aarauer Modell» lag richtig.

Der Schock im Mai 1940

Die überfallenen Franzosen und Belgier nannten den Mai 1940 «le mois maudit». Wie nahe unser neutrales Land einer fremden Eroberung gewesen wäre, realisierten die Aarauer anläßlich der zweiten Generalmobilmachung. Sie wurde am 10. Mai 1940, auf Pfingsten, befohlen. Der Alarm war echt, aber nicht wir waren das Ziel. Mit der Kapitulation Hollands und dem Zerbrechen der französischen Front schlichen sich Angst und manchmal auch Panik in unsere Straßen. Davon ist den Gemeinderatsprotokollen nach dem 10. Mai nichts

anzumerken. Der Milchhändlerverband wünschte die Einstellung der Hauslieferungen. Da dieses zweite Gesamtaufgebot das meiste Personal sowie Pferde und Autos des Gewerbes mit erfaßte, sah er sich genötigt, je nachdem auf Straßen- oder Ladenbedienung umzustellen. Glücklicherweise waren jene Kunden, denen wenigstens straßenweise die Milch auf der Gasse ausgemessen wurde. Nicht eingezogen wurden die Arbeitshunde. Milchhändler Neeser hielt sich zwei imposante Bernhardiner, was sich fortan als große Erleichterung auswirken sollte.

An städtischen Reaktionen ist sonst nur noch zu ersehen, daß ein Abstrich an den «Schulfreuden» beschlossen wurde. Unter den im Rechenschaftsbericht so genannten Ereignissen ist das Abblasen des Maienzugs zu verstehen. Nach Beruhigung der Lage reiste die Bezirksschule am 2. September in corpore aufs Rütli, wo sie quasi den Rütlirapport wiederholte. «Major [Dr. Ernst] Zschokke hielt eine Festansprache», zu der sich die jungen Zeitungsleser wohl ihren Vers zu machen wußten. Militär hatten sie bislang nur eigenes zu sehen bekommen, vielleicht einige Internierte. In Aarau wurden 1940 total 141 101 Diensttage geleistet. Im Tagesdurchschnitt waren 386 Mann und etwa halb so viele Pferde anwesend.

Das letzte Aufgebot

Just auf dem Punkt der höchsten Gefahr für die Schweiz, am 7. Mai 1940, beschloß der Bundesrat die Ausschöpfung sämtlicher Reserven an schießfähigen Männern. Vom Jungschützen über ausgemusterte und ehemalige Soldaten bis zu den Waffenbesitzern, die noch nie Dienst geleistet hatten, sollten alle einen neuen organisatorischen Rahmen finden, wie ihn das Völkerrecht für Kämpfer erforderte. Für diese freiwilligen «Auch-Soldaten» schufen die Behörden die Ortswehren. Das war zwar ein Armeeteil; er unterstand jedoch von den Ortsbehörden gewählten Chefs und sollte gemeindeweise organisiert und zum Einsatz kommen. Major Georges Keller und Hauptmann Emil Wydler, Jahrgänge 1875 und 1874, wurden am 14. Juni auch noch offiziell bestätigt. «Stadtrat J. Dutly-Schatzmann» wohnte jeweils den Übungen bei. Die vorwiegend aus Veteranen bestehende Ortswehr wurde in sieben starke Züge gegliedert, trug zum Teil blaue und grüne Uniformstücke nach Ordonnanzen aus dem Ersten Weltkrieg, sonst Räuberzivil mit Armbinde. Sie führte meist das Gewehr 89 und damit eine andere Munitionsorte. Fast alle besaßen eigene Patronen. Sechs Schuß wurden zusätzlich verteilt, der Rest der Reserve im Stadtarchiv gelagert. Der Schreibende hat nicht von seinem Großvater, aber über diesen von Angehörigen seines Zuges erfahren, wie

er, Jahrgang 1883, ehemaliger Sappeur-Wachtmeister, jeweils mit dem Leiterwägel Munitio zum Übungsschießen mit sich geführt habe. Im unüberbauten Binzenhofareal fand sich Raum dafür.

Für die Truppe gut zu bewältigen waren die Aufgaben im Beobachtungs- und Bewachungssektor, Meldedienst, Einsammeln allfällig abgestürzter Flieger sowie Barrikadenbau. Wohl im Regelfall eher zu hoch gesteckt waren die andern Ziele. Abwehr von Saboteuren, Luftlande- oder Panzertruppen verlangte auch Behendigkeit. Neues Kampfmittel war, nach dem Muster der Finnen, der «Molotowcocktail», eine Benzinflasche mit brennendem Zünder. Zutreffend war schon damals, daß Panzer beim Passieren von Städten sehr hilflose Ziele für Einzelkämpfer boten.

Richtig eingesetzt, taugte die Ortswehr zum Landsturm gut. Sie gestattete dem General, sämtliche Truppen des Feldheeres für Kampfeinsätze einzuplanen. Auch ohne sie standen in der Schweiz 1940 mehr gut ausgebildete Soldaten zur Verfügung, auch mehr und bessere Waffen, als dies in den überfallenen Ländern Polen, Finnland, Dänemark, Norwegen, Holland und Belgien der Fall war, bezogen auf Landesgröße und Bevölkerung. Das kleine «Orientierungsheft Schweiz» des deutschen Generalstabes schätzte zudem Qualität und Moral des Schweizer Soldaten viel höher ein als in den allermeisten der oben genannten Ländern.
